



Sachstandsmitteilung Nr.:	189/2024	Datum:	27.08.2024
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2	Bildungsausschuss	
3	x Ausschuss für Umwelt und Verkehr	09.09.2024
4	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	Hauptausschuss	
7	Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß		gez. Stubbmann	
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

TOP:

Bike und Ride Anlage am Bahnhof Raisdorf;
hier: Bericht der Verwaltung

Sachstand:

Bereits seit 2018 befassen sich die Selbstverwaltung sowie die Verwaltung mit der Planung und dem Bau einer Bike und Ride Anlage am Bahnhof Raisdorf. Mit der Realisierung der Anlage soll die Attraktivität des Bahnhofs erhöht werden. Einerseits wird durch die Maßnahme das Angebot an Fahrradstellplätzen erhöht und andererseits die Qualität der vorhandenen Abstellmöglichkeiten verbessert. Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte ein Planungsbüro (Bahnstadt aus Berlin) für die Planung der Anlage gewonnen werden.

Dem Fachausschuss wurden verschiedene Varianten zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Letztendlich hat sich der Ausschuss nach eingehender Diskussion für die Variante 3c entschieden. Hierbei handelt es sich um eine bauliche Mischform, die aus einem geschlossenen und einem offenen Teil besteht. Zudem soll die Anlage eine bauliche Höhe erhalten, die eine spätere Nachrüstung mit einer sogenannten Doppelstocktechnik erlaubt.

Die für die Realisierung der Maßnahme erforderlichen finanziellen Mittel sind derzeit mit rund 273.000 € zu beziffern.

Die Verwaltung wurde beauftragt, die Planungen für die Anlage auf Grundlage dieser Variante weiter zu betreiben und Fördermöglichkeiten zu prüfen.

In Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro konnten insgesamt 2 Fördertöpfe ermittelt werden. Zum einen die NAH SH (Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein) und zum anderen Z-U-G (Zukunft-Umwelt-Gesellschaft). Entsprechende Anträge wurden gestellt und es konnten Fördermittel in Höhe von rund 247.000 € eingeworben werden (NAH SH rund 204.500 € / Z-U-G rund 42.500 €). Sowohl die voraussichtlichen Planungs- und Baukosten als auch die Fördermittel wurden in den Haushalt eingestellt.

Die Bewilligung der Fördermittel sind an verschiedene Bedingungen geknüpft. Insbesondere die Bedingungen der Z-U-G sind zeitlich eng getaktet. So ist innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nachzuweisen, dass ein Auftrag für den Bau der Anlage erteilt wurde. Der Auftrag an das Planungsbüro wird durch Z-U-G nicht als Nachweis anerkannt, so dass hierfür lediglich der Auftrag der Tiefbauarbeiten oder der Hochbau in Frage kommt. Die der Stadt gesetzte Frist, die bereits einmal um 3 Monate verlängert wurde, läuft am 30.09. dieses Jahres ab, so dass bis dahin eine Auftragsvergabe erfolgen sollte, ohne das Gefahr besteht, die Förderung der Z-U-G in Höhe von rund 42.500 € zu verlieren. Derzeit läuft ein weiterer Antrag der Verwaltung auf Verlängerung der Frist um 3 Monate, ein positiver Bescheid lag aber bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage nicht vor.

Die Realisierung des Projektes hat sich durch längere Genehmigungs- und Bearbeitungszeiten, auf die die Verwaltung keinen Einfluss hatte, verzögert.

Zum aktuellen Stand wie folgt:

- Die Baugenehmigung des Kreises Plön liegt vor.
- Die Prüfung und Genehmigung der Tragwerksplanung ist erfolgt.
- Die Ausschreibungsunterlagen für die Tiefbaumaßnahmen wurden erstellt. Das Ausschreibungsverfahren läuft und wird Mitte September beendet sein. Nach Auswertung der eingegangenen Angebote durch das Planungsbüro wird das Ergebnis dem Hauptausschuss am 23.09. sowie der Stadtvertretung am 26.09. zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
- Sofern ein wirtschaftliches Angebot vorgelegt wird und ein entsprechender Beschluss gefasst werden kann, sollte eine Auftragsvergabe erfolgen. Die Auftragsvergabe ist, wie oben beschreiben, notwendig als Nachweis gegenüber Z-U-G, dass mit dem Vorhaben begonnen wurde.

Sowohl für die Hochbaumaßnahme als auch für den Einbau des Zugangssystems für den abgeschlossenen Teil sind keine Ausschreibungen erforderlich. Hierzu wurden zwischen der NAH SH und bauausführenden Firmen Rahmenverträge geschlossen, die übernommen werden können, ohne die Förderzusagen zu gefährden.

- Ende der Sachstandsmitteilung -